

Die Schulprogramme der politischen Parteien Oesterreichs.

Vortrag von Dr. Wilhelm Stemmer
gehalten am 6. Mai 1947
im Institut für Wissenschaft
und Kunst.

Der Anlaß zu diesem Vortrag mag ein zweifacher sein: 1. hat der Unterrichtsminister vor mehr als einem Jahr die Schaffung von neuen Schulgesetzen angekündigt; die Vorverhandlungen werden aller Voraussicht nach in nächster Zeit beginnen, 2. Befassen sich alle drei politischen Parteien intensiv mit Erziehungs- und Schulungsfragen und es ist interessant, das Gemeinsame und Gegensätzliche der Programme herauszustellen.

Wenn nun die drei Parteien zu den Fragen der Erziehung und des Unterrichtes Stellung nehmen, so werden sie von ihrer politischen Auffassung stark beeinflusst sein. Die Frage, ob neue Schulgesetze geschaffen werden sollten, ist nicht allgemein bejaht worden. Es wurde auch der Gedanke vertreten, dass man das alte Reichsvolksschulgesetz wieder in Kraft setzen möge. Dieses ist bald 78 Jahre alt und seit seiner Schaffung in den Jahren 1883, 1927 und 1934 abgeändert worden. Nach Prüfung von Fachleuten könnten nur mehr 17 von 78 Paragraphen des Reichsvolksschulgesetzes unverändert übernommen werden. Daraus ist klar ersichtlich, dass das Gesetz hinter der heutigen Zeit zurückbleibt. Der Gedanke eines neuen Gesetzes hat also volle Berechtigung. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass wir heute überhaupt kein gültiges Schulgesetz besitzen. Das deutsche Reichserziehungsgesetz ist zwar ausser Kraft gesetzt worden, an seine Stelle jedoch wurde kein neues gesetzt. Die Behörden verfahren so, als ob es das Reichsvolksschulgesetz gäbe.

Was in allen drei Schulprogrammen zur Geltung kommt, ist der Hinweis, dass im neuen Schulgesetz die Fragen der Erziehung eine besondere Stellung einnehmen müssen. Man erklärt allgemein, dass die heutige Zeit mit ihren Folgen eine gewaltige Erziehungsnot der Jugend verursacht hat und meint, dass von der Erziehung die Gestaltung und Erhaltung des Staates abhängig sein wird. Hinsichtlich des letzten Argumentes wäre zu bemerken, dass die Lehrerschaft mit einer sozialen Verantwortung belastet wird, die sie nur zu einem geringen Teil tragen kann. Der junge Mensch wird durch die Schule nur in einem geringen Maße beeinflusst, sowohl in zeitlicher als auch qualitativer Hinsicht. Die Faktoren, die außerhalb der Schule auf den Menschen einwirken, sind viel bedeutender. Ich möchte diesen Gedanken vorausschicken, weil er in zwei Schulprogrammen eine bedeutende Rolle spielt. Sowohl das sozialistische als auch das kommunistische Programm gehen von der Voraussetzung aus, dass die bestehenden Formen der Erziehung mit einer Änderung der ökonomischen Verhältnisse ebenfalls geändert werden.

Man darf nicht übersehen, dass die Struktur der politischen Parteien gegenüber früheren Zeiten eine wesentlich andere ist. Man muss feststellen, dass z.B. der bürgerlich-kapitalistische Kern, der früher manche Parteien gekennzeichnet hat, durch die Zeitereignisse verschwunden ist. Eine Folge des letzten Krieges mit der alle Parteien heute rechnen müssen, ist die Verarmung der breiten Massen. Jede Partei ist heute genötigt, sich an die Massen zu wenden. Sie muss daher mit der ökonomischen Struktur der Bevölkerung rechnen. Man findet deshalb in allen drei Parteiprogrammen soziale Gedanken enthalten. Das Programm der Volkspartei ist in seinem Kern kurz umrissen ein bürgerlich-bäuerliches, mit starken religiösen Bindungen und mit ausgebreiteten sozialen Forderungen. Im Zentrum der anderen Parteien stehen vorwiegend die Arbeiter. Eine Trennung in ein Lager der Religiösen und Religionsgegner besteht heute nicht mehr zu Recht. Es gibt heute in allen Gruppierungen religiös und nicht religiös denkende Menschen. Eine Unterscheidung nach dieser Richtung hat sich im Verlauf der Entwicklung verschoben.

Es liegen zur Zeit drei Schulprogramme vor. Im österreichischen Verlag erschien das Schul- und Erziehungsprogramm der OöVP. Die kommunistischen Lehrer und Erzieher gaben im Jahre 1946 in einer Broschüre Vorschläge zu einem österreichischen Schul- und Erziehungsprogramm heraus. Das sozialistische Programm ist in seiner Gesamtheit nicht veröffentlicht worden. Die Grundgedanken dieser Partei zu Schule und Erziehung sind noch immer die aus dem Linzer Programm von 1926. Schließlich liegt noch eine Schrift vor von Fobar 1947, von einer Arbeitsgemeinschaft der katholischen Lehr- und Erziehungsanstalten Oesterreichs; "Stimme der Kirche zur Erziehung und Schule".

Das Programm der OöVP. nimmt nicht nur auf die Bedürfnisse der Gegenwart Rücksicht, sondern führt auf weite Sicht tragbare Entscheidungen herbei. Es wird im Vorwort betont, dass das Programm unbeschwert von den politischen Auffassungen der Vergangenheit ist, vom Loben ausgeht und sich nicht auf irgendwelche Experimente verlegt. Wesentlich ist, dass hier nichts gefordert wird, was nicht auch von anderen Kreisen zugestanden werden könnte. Die OöVP meint, daß dieses Minimalprogramm als Verhandlungsbasis für spätere Schulgesetze unverändert akzeptabel sei.

In kommunistischen Schulprogrammen finden wir eingangs den Hinweis, daß die KP die Interessen der Werktätigen und damit der übergrossen Mehrheit des Volkes vertritt. Es ist wie das sozialistische Programm ein Maximalprogramm unter der Voraussetzung der gegenwärtigen Verhältnisse. Das sozialistische Schul- und Erziehungsprogramm geht zurück auf den "Parteitag der Jungen" von 1898, an dem Seitz, Speiser, Glöckel und andere teilnahmen. Es wurde ein Schulprogramm verfasst, welches sich in einen grundsätzlichen und einen besonderen Teil gliedert.

Es sind vor allem vier Fragen, die von allen drei Parteien übereinstimmend als wesentlich erachtet werden: 1. Soziale Forderungen, 2. der Gedanke, dass Erziehung und Unterricht zu berücksichtigen sind, 3. der Gedanke einer Neuorientierung der Berufsausbildung und 4. die Hochschulreform. Es sind Fragen, die in Zuge der Zeit begründet liegen und von den Parteien unabhängig voneinander aufgestellt wurden. Sie sind mit den Ideologien aller Parteien vereinbar. Alle Parteien sind sich darüber einig, dass alle Bildungseinrichtungen einschliesslich der Hochschulen allen Menschen je nach Eignung unentgeltlich zugänglich sein sollen. Dies ist ein Beweis dafür, wie sehr die Zeitumstände auf die Meinungsbildung wirken und damit eine Bestätigung demokratischer Auffassung. Ferner wird die Schaffung eines Systems von Internaten und Heimen, über das ganze Land verstreut liegend, gefordert (mit Rücksicht auf die ländlichen Gebiete). Ferner wird von allen drei Parteien ein System von Unterhaltsbeihilfen gefordert, um allen Befähigten das Studium zu ermöglichen. In vielen Arbeiterfamilien sind Befähigte deshalb nicht in der Lage zu studieren, weil die Angehörigen auf den Verdienst des jungen Menschen angewiesen sind. Ferner werden eine Anzahl allgemeiner fürsorglicher Massnahmen, wie Erholung usw. gefordert. Das sozialistische und kommunistische Programm hat Gedanken entwickelt, die darüber hinausgehen. Sie sind der Meinung, dass die sozialen Forderungen durch eine entsprechende Schulorganisation ergänzt werden müssen. Der Schüler müsse nach den richtigen Gesichtspunkten der Eignung ausgewählt werden und dies wird nur durch eine allgemeine einheitliche Mittelschule gewährleistet.

Neu in den Programmen aller drei Parteien ist der Gedanke der Bildungspflicht. Bisher war immer nur von Recht und Möglichkeiten die Rede, nicht aber von der Verpflichtung, sich je nach Fähigkeiten entsprechend auszubilden. Hier gibt es zahlreiche Missverständnisse, die auf eine Verwechslung der Begriffe Freiheit mit Anarchie zurückgehen. Wir sind der Meinung, dass man in der Demokratie tun kann, was man muss und zwar nach vernünftigen Gesichtspunkten und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Übereinstimmend fordern alle Parteien, dass in Zukunft die Erziehungswerte ausgiebig zur Geltung kommen müssen. Alle Parteien sprechen von einer staatsbürgerlichen Erziehung, wobei aber das kommunistische und volksparteiliche Programm immer nur von Vaterland Oesterreich spricht und den Begriff Republik vermeidet. Im sozialistischen Programm wird auch dieser Begriff berücksichtigt.

Die weltbürgerliche Erziehung soll erreicht werden durch Betonung des Fremdsprachenunterrichtes, durch Würdigung der Kulturgeschichte, sowie durch Schüler- und Lehrer-austausch zwischen Stadt und Land. Es gehört zu den bedrückendsten Tatsachen, dass sich in vielen Teilen der Welt ein neuer Provinzialismus breitgemacht hat.

Neu ist der Gedanke des lenkenden Einflusses der Berufsberatungsämter auf die Schule. Dieser Gedanke ist deshalb wertvoll, weil er ein Zugeständnis an etwas ist, das sich in übrigen Leben noch nicht so durchgesetzt hat, an die Planwirtschaft. Planung der Wirtschaft ist ohne Planung der Menschen nicht möglich. In allen drei Programmen wird betont, dass die Haupttrasse der Schüler den praktischen Berufen zugeführt werden soll und dass an die Heranbildung eines akademischen Nachwuchses eine starke Bremse angelegt werden soll. Zahlen des statistischen Institutes zeigen, dass die Hörerzahlen an den Universitäten gegenüber 1934 bedeutend gewachsen sind. Dazu kommt noch, dass die Hörerschaft sich heute vorwiegend nur aus Inländern zusammensetzt, während sie früher zu einem Drittel aus Ausländern bestand. Die Universität Graz hat heute 4600 Hörer gegenüber 1800 im Jahre 1934. Innsbruck hat heute 4200 gegenüber 2500 im Jahre 1934. Wenn man sich nun erinnert, wer die Anhänger der Nationalsozialisten in Oesterreich gewesen sind, so wird man auf jene Schichten der Intelligenz stossen, die nicht in die Lage gekommen sind nach ihrem Studium einen praktischen Beruf zu ergreifen. In Oesterreich gibt es derzeit 6000 Medizinstudenten, davon 4000 in Wien allein. Die Ärztekammer hat verlautbart, dass für höchstens 1 0/0 Aussicht besteht in Fache unterzukommen. In Oesterreich praktizieren gegenwärtig 7000 Ärzte, 5000 Ärzte sind aus politischen Gründen entheben, dem Grossteil wird aber durch das neue Nationalsozialistengesetz Gelegenheit gegeben, sich im Laufe der Zeit wieder in die Praxis einzuschalten. Dazu kommen noch 5000 Ärzte, die sich in der Emigration befinden, von denen aber nur ein geringer Teil zurückkehren dürfte. Alles in allem besteht auf diesem Gebiet eine Riesensperre und ebenso große Hoffnungslosigkeit. 1934, zu einer Zeit, da Oesterreich keine schlechte ärztliche Versor-

gang hatte, gab es neben über 1000 Zahnärzten über 7000 Ärzte. Es wird unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen nicht leicht sein, die heutige Anzahl auf diesem Gebiet unterzubringen. Die einzige Chance bestünde in einer gewaltigen Reform des Volksgesundheitswesens.

In Zukunft soll jeder verpflichtet sein einen Beruf zu erlernen. Das Elend des ungelerten Hilfsarbeiters soll endgültig überwunden werden. Nun fragt sich aber, wer dann die Arbeiten durchführen soll, die keiner fachlichen Berufsausbildung bedürfen. In allen drei Programmen wird zugegeben, dass die berufliche Ausbildung heute nicht auf der Höhe ist. In sozialistischen und kommunistischen Programmen tritt der Gedanke auf, dass die Meisterlehre kein sehr glücklicher Gedanke ist. Sie verlangen, dass anstelle der Meisterlehre staatliche Lehranstalten mit Werkstätten eingerichtet werden sollen (fortschrittliche Firmen haben sich bereits einer solchen Einrichtung bedient). Beide genannten Parteien sind der Ansicht, dass das der Verlängerung der Schulzeit dienende Jahr der Berufsvorschulung zugeführt werden soll. Dieses Schuljahr soll in der Hauptsache allgemein berufliche praktische Kenntnisse vermitteln. Das kommunistische Programm verlangt, dass 2 solcher Jahre angegliedert werden sollen. Die berufliche Lehrzeit soll in Berufsschulen stattfinden. Das kommunistische Programm will daran noch Fachschulen anknüpfen. Die Berufsschule soll mit der Gesellenprüfung und die Fachschule mit der Meisterprüfung enden. Die besten Schüler der Meisterschulen sollen bei durchschnittlich gutem Erfolg die Hochschulreife erlangen. Die Volkspartei steht auf dem Standpunkt, dass die Berufsausbildung in der Meisterlehre erfolgen soll und es heisst, dass nur dort, wo solche Lehren nicht möglich sind, Berufsschulen geschaffen werden sollten. Ihr Hauptgewicht legt sie wie bisher auf die Fortbildungsschule. Neben dem fachlichen Können werden auf religiöse, berufsethische und sozialbildende Werte Gewicht gelegt. Neu ist der Gedanke, dass die Schulbehörden die Ausbildung der Lehrlinge bis zum Ende der Lehrzeit überwachen sollen.

Es ist viel darüber geklärt worden, dass in den Jahren nach dem Weltkrieg durch Glück der Versuch gemacht wurde, an den Hochschulen Änderungen durchzuführen. Man kann heute sagen, es ist für uns das grösste Unglück, dass damals nicht mehr geschah. Die Hochschule ist seither noch reformbedürftiger geworden. Es wäre von grossem Vorteil, wenn berufliche Organisationen auf den Studienplan der Hochschulen grossen Einfluss hätten. Es tritt die Frage der hochschulmässigen Lehrerbildung auf den Plan. Die Hochschulen müssen sich bewusst werden, dass sie Stätten einer beruflichen Ausbildung sind. Forschertalente werden sich daneben noch immer durchsetzen können. Ein anderes Problem besteht in der Steuerung des Zustroms an die Hochschulen. Das kommunistische Programm fordert für die Zulassung zur Hochschule eine Aufnahmeprüfung und die Volkspartei Zwischenprüfungen an allen wichtigen Stellen des Studiums. Die sozialistische Partei hat sich damit nicht wesentlich auseinandergesetzt, weil sie davon ausgeht, dass die Schulorganisation durch die Mittelschule eine positive Auslese für die Oberschule darstellt. Die Berufsschule muss berufsbildende Zweige enthalten, die den qualifizierten Berufsmenschen heranzubilden. Die Wirtschaft wird heute mindestens zur Hälfte von der Kanzlei und vom Schreibtisch aus geleitet.

Tobertsberger hat Zahlen über die soziale Struktur der Hörer an den Hochschulen veröffentlicht (Grazzer Universität). Die Untersuchung bezog sich auf 3950 Studierende des Jahres 1946. Aus Akademikerfamilien stammten 25 0/0, aus Beamten- und Offiziersfamilien 10 0/0, aus Familien von Staatsbeamten ohne Matura 21,5 0/0, aus Familien Privatangestellter 15 0/0, von Gewerbetreibenden 15 0/0, von Bauern 7 0/0, von Arbeitern 6 0/0 und von Landarbeitern 0,3 0/0. Diese Verteilung kann nicht in der Begabung ihre Grundlage haben. Merkwürdig ist, dass dort, wo das Studium kostenlos erfolgt (theologische Fakultät) die Studierenden dieselbe soziale Gliederung aufweisen, wie sie im übrigen Volk vorhanden ist. Dies würde zweifellos auch auf anderen Fakultäten eintreten, wenn die entsprechenden sozialen Massnahmen durchgeführt würden.

Die Punkte, die keine Übereinstimmung bei den drei Parteiprogrammen aufweisen, gehen begrifflicherweise auf den Unterschied in der Weltanschauung zurück. Das Programm der Volkspartei hält an der bestehenden Gesellschaftsform fest. Die Stellung der katholischen Kirche spielt dabei im öffentlichen Leben eine wesentliche Rolle. Anlässlich der Abhaltung zweier Bischofskonferenzen im Oktober 1946 und März 1947 kam eine Schrift im Auftrage des Erzbischöflichen Ordinariats heraus, die sich "Stimme der Kirche zu Erziehung und Schule" betitelt. Hinsichtlich der Unterrichtsgestaltung haben die Bischöfe über das Unterrichtsministerium an die Bundesregierung eine Anzahl von Empfehlungen gerichtet. Es heisst da, dass es ausser der christlichen keine angemessene Erziehung geben kann. Das Ziel der Erziehung sei die Seligkeit in Gott. An diesem Werk sind drei Faktoren beteiligt: Familie, Staat und Kirche. Familie und Kirche haben die wesentliche Rolle zu spielen, der Staat hat dagegen nur unter-

geordnete Bedeutung. Die Familie ist von Gott mit dem Prinzip des Lebens ausgestattet und sie hat vom Schöpfer unmittelbar den Auftrag und das Recht, ihre Nachkommenschaft zu erziehen. Der Staat hat keine andere Aufgabe, als für das Gemeinwohl der Bürger zu sorgen und er hat die Pflicht, das Recht des Menschen zu sichern, seine Pflicht zu tun. Der Staat hat in Unterrichtsangelegenheiten die Aufgabe nur helfend und unterstützend einzuwirken. Jedes Erziehungs- und Schulmonopol ist ungerecht und unerlaubt. Die Erziehung steht zunächst der Kirche zu. Der göttliche Lehrauftrag der Kirche ist unabhängig von aller irdischen Macht, sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht katholische Schulen aller Art zu gründen und sie hat ferner das Recht über die gesamte Erziehung und nicht nur über den Religionsunterricht zu wachen. Der Besuch von nichtkatholischen Schulen ist katholischen Kindern verboten.

Das Schulprogramm der beiden linken Parteien steht auf dem Standpunkt, dass es nicht darauf ankommt, die bestehende Gesellschaftsordnung beizubehalten, sondern sie zu ändern. Nicht der Kirche, sondern dem Staat kommt in der Erziehung die wichtigste Bedeutung zu. Es heißt in beiden Programmen: Religion ist Privatsache, Religion wird jedoch als ein Erziehungsmittel anerkannt. In der Praxis sind alle Parteien der Meinung, dass in Fragen des Religionsunterrichtes die Gewissensfreiheit herrschen muss. Das Programm der Volkspartei anerkennt, dass es dem Menschen gestattet sein muss, sein Kind vom Religionsunterricht abzumelden. Damit steht sie aber im Gegensatz zur Vorlautbarung der Bischofskonferenz, nach der es niemanden geben kann, der berechtigt ist, diesen göttlichen Auftrag durch eine persönliche Willenskundgebung abzuändern.

Nach dem kommunistischen Programm ist der Religionsunterricht für keine Altersstufe obligat. Keine Partei ist grundsätzlich gegen eine religiöse Erziehung eingestellt. Aus der Tatsache, dass man Religion als Privatsache und nicht als Staatssache anerkennt, ist zu ersehen, dass es sich um einen Bereich des menschlichen Lebens handelt, den man möglichst aus der politischen Debatte ausgeschaltet wissen möchte. Diese Frage gehört zu jenen die geeignet sind, Verwirrung zu stiften.

Unstritten sind zwischen den Parteien folgende Punkte: 1. Stellung der Religion in der Erziehung, 2. Staats- oder Privatschule, 3. Schulorganisation, 4. Lehrerbildung.

Die unstrittenste Frage ist die zweite. Die Kirche hält unbedingt an der Errichtung von Privatschulen fest. In der Furche Nr 16 befasst sich Dr Knoll mit der Seelsorgetagung, welche die Arbeiter-Seelsorge in den Vordergrund stellte und er sagt in diesem Aufsatz: Die Arbeiterschaft ist nicht mehr gegen die Religion, aber sie lobt sie, als ob es keine gäbe. Er zieht eine Reihe von Schlüssen, die mit den vorhin aufgestellten Forderungen nicht ganz übereinstimmen. Das Programm der Volkspartei verlangt Anerkennung des primären Erziehungsrechtes der Eltern.

Die beiden anderen Parteien verlangen die Staatsschule. Nach dem Programm der sozialistischen Partei können Privatschulen nur die Ausnahme sein. Nach dem kommunistischen Programm ist jede Erziehung Staatsangelegenheit. Neue Schulen können nur durch den Staat errichtet werden. Einig sind sich alle drei Parteien darin, dass für das vorschulpflichtige Kind gesorgt werden müsse. Nach dem kommunistischen Programm soll der Kindergarten für ein Jahr verpflichtend sein, ein zweites Jahr wird empfohlen. Hinsichtlich der Schulpflicht verlangt das kommunistische Programm eine zehnjährige, das sozialistische Programm eine neunjährige und die Volkspartei eine 8 1/2jährige Schuldauer. Das Programm der letzten Partei nimmt hierbei auf die Verhältnisse des Landes Rücksicht, wo der junge Mensch im letzten halben Jahr auf dem Felde beschäftigt wird. Alle drei Parteien stimmen darin überein, dass es keine Schulbesuchserleichterungen geben darf. Die Schülerzahl soll zwischen 20 und 40 liegen. Die Volkspartei ist der Meinung, dass die Volksschule fünfstufig sein soll. Für die, die das Lehrziel der Hauptschule voraussichtlich nicht erreichen, soll es eine nonklassige Volksschule geben. Die anderen Parteien wünschen eine solche nur im geringsten Ausmass und nur für jene, die in der Volksschule zweimal repetierten. Im allgemeinen hält das Programm der Volkspartei am heutigen Schulaufbau fest. Die anderen Parteien halten an einer vierklassigen Grundschule fest. Nach einer vierklassigen Mittelschule soll durch positive Auslese der Weg zur Berufs- und allgemein bildenden Oberschule offen stehen. Das kommunistische Programm ist der Meinung, dass nach der Mittelschule zwei berufsvorschulende Jahre folgen sollen. Die Volkspartei und das sozialistische Programm hält an der Arbeitermittelschule fest. Für jene, die durch eine berufliche Entwicklung nicht in die Lage gekommen sind zu studieren, aber die entsprechende Eignung besitzen, sollte der Weg zur Hochschule offen sein.

Es ist kein Zweifel, dass der Lehrerbildung für den künftigen Erfolg der Schulgestaltung zentrale Bedeutung zukommt. Die Linksparteien sind der Meinung, dass die Lehrerbildung unbedingt staatlich sein müsse. Nun ist es aber begreiflich, dass die Volkspartei auf Grund der realen Tatsachen bestrebt sein wird, ihre Positionen zu halten;

es gibt vielmehr so viel katholische private Lehrerbildungseinrichtungen, als staatliche. Die gesamte Erziehung soll katholisch ausgerichtet werden. Das sozialistische Programm sieht vor, dass der junge Mensch, der Lehrer werden soll, nicht sofort ein pädagogisches Institut besuchen soll, sondern zunächst in einer Schule praktizieren müsse. Die Entscheidung für den Lehrerberuf soll möglichst lange hinausgeschoben werden. Die Volkspartei sieht eine sechsjährige Lehrerausbildung vor, die mit der Reifeprüfung abgeschlossen soll. Von der kommunistischen Partei wird die Fortbildungspflicht für Lehrer verlangt. Jeder Lehrer solle sich alle fünf Jahre theoretisch und praktisch neuereichen ausbilden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass alle drei Parteien die Meinung vertreten, dass neue Gesetze besser sind, als die bestehenden. Die Gesetze werden umso besser werden, je mehr sie von den sozialen Forderungen der Zeit enthalten. Wir müssen in Rechnung ziehen, dass sich die Einstellung der konservativen Volkspartei gegenüber der vor 30 Jahren zu den pädagogischen Problemen wesentlich geändert hat. Es wird sich darum handeln, dass wir bei der Beratung der neuen Gesetze auch darauf achten, wie es draussen in der Welt aussieht. Wenn man das richtig erkommen wird, so glaube ich, dass alle drei Programme ihren Zweck erfüllt haben.